

Luzerner Zeitung

Freitag, 8. März 2019

AZ 6002 Luzern | Nr. 56 | Fr. 3.50 | € 4.- www.luzernerzeitung.ch



EVZ-Urgestein
Fabian Schnyder
steht in Zug für Fleiss
und Loyalität. 44

Bundesrat ignoriert späte Gesuche

Verdingkinder Die Frist für Gesuche um Entschädigung für Verdingkinder soll verlängert werden. Dies, weil einige Schreiben verspätet eintrafen. Doch der Bundesrat zeigt dem Vorhaben zahlreicher Parlamentarier die kalte Schulter.

Tobias Bär

Bis Ende März 2018 hatten die Opfer von fürsorglichen Zwangsmassnahmen Zeit, um beim Bund ein Gesuch um einen Solidaritätsbeitrag von 25000 Franken einzureichen. Rund 9000 Betroffene taten dies. Im Gesetz heisst es dabei ausdrücklich: «Auf Gesuche, die nach Ablauf dieser Frist eingereicht werden, wird nicht ein-

getreten.» Seither sind bei den Behörden jedoch weitere rund 100 Gesuche eingegangen.

Diese werden gemäss dem Bundesamt für Justiz nur noch in absoluten Ausnahmefällen behandelt. Dafür musste die Frist in unverschuldeter Weise verpasst worden sein, zum Beispiel wegen einer schwerwiegenden physischen oder psychischen Erkrankung der betroffenen Person. Der Basler SP-Nationalrat Beat Jans

stört sich an dieser Praxis. Er hat einen Vorstoss eingereicht mit der Forderung, die Frist bis Ende 2022 zu verlängern.

Argumente «an den Haaren herbeigezogen»

In Augen von Jans soll die Wiedergutmachung gegenüber den Fremdplatzierten nicht an der geltenden Frist scheitern. Der Bundesrat will von diesem Vorschlag aber nichts wissen. Er

sprach sich gegen den Vorstoss aus. Einerseits befürchtet er, dass der Zahlungsrahmen von 300 Millionen Franken bei einer Verlängerung der Frist nicht ausreichen könnte.

Andererseits betont die Regierung, dass die Fristen zur Einreichung und Bearbeitung der Gesuche nur schon aus Respekt vor den Opfern kurz angesetzt worden seien. Viele ehemalige Verdingkinder begrüsst eine

rasche Bearbeitung der Gesuche. Beat Jans hält diese Argumente wiederum für «an den Haaren herbeigezogen».

Unterstützung erhält der Bundesrat allerdings vom Urheber der Wiedergutmachungs-Initiative, Guido Fluri. «Es sind nur ein paar Dutzend Fälle, in denen Anspruchsberechtigte die Frist verpasst haben», sagt Fluri. Und in diesen Fällen zeige sich der Bund durchaus tolerant. 5

Kommentar

Post muss sich selber helfen

Eines muss man dem obersten Pöstler zugutehalten: Urs Schwaller hat den Subventionsbetrag bei Postauto umfassend aufgearbeitet, schnell personelle Konsequenzen gezogen und die erschlichenen 200 Millionen Franken zurückbezahlt. Doch wenn der Post-Präsident nun sagt, «die Angelegenheit» sei «abgeschlossen», so irrt er. Die strafrechtlichen Untersuchungen werden den Bundesbetrieb noch lange beschäftigen. Im Visier stehen zurückgetretene Topkader wie CEO Susanne Ruoff, der Postauto-Chef und der Finanzchef.

Mögliche Anklagen und Prozesse werden riesige Medienereignisse sein. Und die Post wird entscheiden müssen: Geht auch sie gegen ihre Ex-Chefs mit Verantwortlichkeitsklagen vor? Tut sie es, dauern die Schlagzeilen noch länger an. Tut sie es nicht, wird der Eindruck entstehen, die Post schone ihre früheren Chefs. Finanziell kann die Post die Affäre locker verkraften. Die künftigen Gewinne sind aus zwei anderen Gründen bedroht: Erstens gelingt es der Post unzureichend, die Rückgänge in der guten alten Briefpost mit Innovationen aufzufangen. Zweitens ist die Postfinance zu einem Sorgenkind geworden.

Prompt appellierte gestern ihr Chef an die Politik, ihr die Vergabe von Hypotheken zu erlauben. Doch nur weil die Gewinne der Postfinance schrumpfen, muss das Parlament der Forderung nicht nachgeben. Sie muss sich selber helfen. Denn auf dem Hypothekarmarkt braucht es neben den Kantonalbanken nicht auch noch einen Bundesbetrieb. Mehr Risiken einzugehen – gedeckt von einer Staatsgarantie –, wäre für die Post der falsche Weg. Nach dem Subventionskandal erst recht.



Patrik Müller
patrik.mueller@chmedia.ch

Ständerat will Durchgangsbahnhof planen

Luzern Die Eröffnung des unterirdischen Bahnhofs bis 2040 wird immer wahrscheinlicher.

Einstimmig hat der Ständerat gestern den Ausbau der Schieneninfrastruktur gutgeheissen. Bis 2035 sollen rund 12,8 Milliarden Franken verbaut werden – fast eine Milliarde mehr als ursprünglich vom Bundesrat vorgesehen. Das Geld fliesst in verschiedene Grossprojekte, unter anderem in den Zimmerberg-Basistunnel II zwischen Baar und Thalwil, den Bahnhof Zürich-Stadelhofen und den Brüttener-Tunnel zwischen Zürich und Winterthur.

Unbestritten war im Ständerat auch, dass die Planung des Durchgangsbahnhofs Luzern vorangetrieben werden soll, bis ein baureifes Projekt vorliegt. Einen Antrag der zuständigen

Kommission hat er oppositionslos gutgeheissen und damit eine wichtige Forderung der Zentralschweiz erfüllt. Der Bundesrat wollte das Projekt ursprünglich nicht in die Vorlage aufnehmen.

Nationalrat entscheidet im Herbst

Die Ständeräte Konrad Graber (CVP, Luzern) und Hans Wicki (FDP, Nidwalden) betonten im Parlament, dass eine unterbrechungsfreie Planung wichtig sei. So könnte der Durchgangsbahnhof bis 2040 eröffnet werden.

Nun ist der Nationalrat am Zug. Er wird voraussichtlich im Herbst über den Ausbauschnitt 2035 entscheiden. (cgl) 28

Vom Nomadenmädchen zur Bestseller-Autorin



Weltfrauentag Das Leben von Waris Dirie gleicht einer Cinderella-Story. Ihr Kampf gegen menschenverachtende Traditionen dient nun als Stoff für ein Musical. Sie ist aber nur eine von vielen Frauen, die sich gegen Diskriminierung und Machotum wehren. 2/3/14 Bild: Michel Canonica

Wahlwerbung: Von gut bis plump

Kanton Luzern Die Luzerner Parteien verschicken derzeit Zehntausende von Flugblättern, um ihre Kantons- und Regierungsratskandidaten anzupreisen. Unsere Zeitung hat jene Unterlagen beurteilt, die in der Stadt Luzern verteilt werden.

Das Fazit fällt durchgezogen aus – auch dann, wenn man die im Internet verfügbaren Informationen einbezieht. Auf Papier werben SVP und SP am überzeugendsten. Online können die FDP und ihre Jungpartei punkten. Auffällig sind die plumpen Slogans, auf die Kandidaten verschiedener Parteien setzen. (nus) 23

Gewinn der Post bricht ein

Bern Die Post hat im letzten Jahr 122 Millionen Franken weniger Konzerngewinn erwirtschaftet als 2017. Gründe sind die deutlich tieferen Erträge bei Postfinance sowie die Rückzahlungen nach der Postauto-Affäre. Den Einbruch bei der Postfinance nannte deren Chef Hansruedi König «dramatisch» – und verlangte von der Politik eine Aufhebung des Kredit- und Hypothekarverbots.

Post-Präsident Urs Schwaller sagte derweil, der Postauto-Skandal sei von Seiten des Konzerns abgeschlossen, man habe jeden Franken zurückbezahlt. (sda) Kommentar 6. Spalte 9

Ständerat unterstützt Durchgangsbahnhof

Bern/Luzern Die Planung des unterirdischen Bahnhofs in Luzern ist entgegen den Plänen des Bundesrats im nächsten Ausbauschnitt enthalten. Doch der Ständerat nimmt auch weitere Projekte auf die Liste – und schafft damit neue Konkurrenz für Luzern.

Christian Glaus
christian.glaus@luzernerzeitung.ch

Der Ständerat hat die Weichen für den Ausbau der Bahninfrastruktur bis 2035 gestellt. Er hat gestern dem Investitionspaket ohne Gegenstimmen zugestimmt. Die Ausgaben belaufen sich auf 12,8 Milliarden Franken. Darin enthalten ist als Zentralschweizer Grossprojekt der Bau des Zimmerberg-Basistunnels II zwischen Baar und Thalwil.

Explizit im Ausbauschnitt erwähnt wird auch die Projektierung des Durchgangsbahnhofs Luzern inklusive Auflageprojekt. Dies war ein wichtiges Anliegen der Zentralschweiz, um Planung und Realisierung des 2,4 Milliarden Franken teuren Bahnhofs ohne Unterbruch gewährleisten zu können. Dieses Anliegen nahm der Ständerat oppositionslos auf. Ebenso die Möglichkeit, dass der Baustart vorgezogen werden kann, wenn das Projekt gut voranschreitet und andere harzen.

Die beiden Ständeräte Konrad Graber (CVP, Luzern) und Hans Wicki (FDP, Nidwalden) weibelten gestern im Parlament für die Zentralschweizer Anliegen. Graber betonte: «Die Erwähnung des Durchgangsbahn-

hofs ist deshalb von Bedeutung, weil ich davon ausgehe, dass sich das Parlament bei der Beratung des nächsten Ausbauschnitts an unseren Beschlüssen orientiert.» Wicki erklärte: «Es ist den Kantonen wichtig, dass baureife Projekte jene überholen können, welche ins Stocken geraten.»

Durchgangsbahnhof: Planung bis 2028

Graber zeigte sich überrascht, dass die Planung des Durchgangsbahnhofs gemäss SBB und Bund bis 2028 dauern soll. «Eine Beschleunigung wäre aber wünschenswert.» Dafür zu sorgen, sei nun Aufgabe des Kantons Luzern und der SBB.

Obwohl die Ständeräte den Ausbauschnitt 2035 als ausgewogen lobten, brachten sie für die Zeit danach bereits neue Wünsche an. Der Bund muss dann nicht nur den Durchgangsbahnhof Luzern, den Ausbau des Knotens Basel und den Kapazitätsausbau zwischen Zürich und Aarau prüfen. Neu werden auch Massnahmen auf den Strecken Lausanne-Bern und Winterthur-St. Gallen gefordert. Trotz Warnung von Bundesrätin Simonetta Sommaruga (SP): «Wir möchten für den nächsten Ausbauschnitt



Blick auf den Bahnhof Luzern. Bis 2040 soll er mit vier unterirdischen Gleisen erweitert werden. Bild: Jakob Ineichen (6. März 2019)

nicht schon das ganze Budget ausgegeben haben, sondern brauchen eine gewisse Flexibilität.»

Doch mit 22 zu 17 Stimmen hielten die Ständeräte am Auftrag fest. «Eine gefährliche Konkurrenz für Luzern sehe ich dadurch nicht», erklärte Konrad Graber nach der Debatte auf Anfrage. Der Durchgangsbahnhof habe einen zu grossen zeitlichen Vorsprung. Dieser Meinung ist auch Thomas Buchmann, Departementssekretär des Bau-, Umwelt-

und Wirtschaftsdepartements: «Der Kanton Luzern ist deshalb zuversichtlich, dass der Durchgangsbahnhof als zu realisierendes Projekt im nächsten Ausbauschnitt aufgenommen und bis 2040 gebaut wird.»

Voraussichtlich im Herbst wird der Nationalrat über das Investitionspaket beraten. 2026 soll die Vorlage für den Ausbauschnitt 2040 ins Parlament kommen – wahrscheinlich mit dem Durchgangsbahnhof.

Kommentar

Gut gekämpft – aber zu spät

Der Verteilungskampf ist aus Luzerner Sicht so gut wie gewonnen. Einstimmig sagt der Ständerat Ja zum 12,8 Milliarden Franken schweren Ausbauschnitt 2035 der Bahninfrastruktur. Oppositionslos ist er dafür, dass der Durchgangsbahnhof Luzern soweit geplant werden kann, bis ein baureifes Projekt vorliegt. Bei dieser Deutlichkeit ist zu erwarten, dass der Nationalrat den Entschieden im Herbst folgen wird.

Bundesrätin Simonetta Sommaruga sprach gestern von einem «wichtigen Signal» für Luzern – wurde mit dieser Wortwahl der Tragweite des Entscheids aber nicht ganz gerecht. Der Ständerat hat bereits gestern angefangen, den nächsten Ausbauschnitt bis 2040 zu schnüren – sieben Jahre, bevor die entsprechende Vorlage ins Parlament kommt. Dass dann der Bau des Durchgangsbahnhofs Luzern abgelehnt wird, obwohl

ein nahezu baureifes Projekt vorliegt, ist unwahrscheinlich.

Der Kanton Luzern und die Zentralschweiz haben in den letzten Monaten vieles richtig gemacht und so dem Projekt zu einer wunderschönen Entwicklung verholfen. Doch leider zu spät. Die Pendler werden noch sehr lange mit überfüllten Zügen leben müssen, ein Ausbau ist nur noch sehr beschränkt möglich. Deshalb braucht es in der Zwischenzeit Massnahmen, damit das Zugfahren attraktiv bleibt. Beispielsweise ein besseres Anreizsystem, um die Pendlerspitzen zu brechen.



Christian Glaus, Redaktor
christian.glaus@luzernerzeitung.ch

ANZEIGE



Sonderbeilage
Samstag,
9. März 2019

Asylzentrum Geuensee geht zu – Jobs gestrichen

Asylwesen Das ehemalige Hotel Sternen in Geuensee wurde der Dienststelle Asyl- und Flüchtlingswesen (DAF) für drei Jahre zur Zwischennutzung angeboten. Im August dieses Jahres läuft der Mietvertrag aus. «Eine Verlängerung ist nicht geplant», teilte die DAF gestern mit. Es sei laut Silvia Bolliger, Leiterin Dienststelle Asyl- und Flüchtlingswesen, auch keine Ersatzlösung für diese 70 Plätze erforderlich. Die Schliessung des Asylzentrums war bereits Anfang Jahr angekündigt worden.

Grund für die Schliessung: Die Anzahl Asylgesuche bewege sich gemäss Staatssekretariat für Migration auf dem tiefsten Stand seit elf Jahren, heisst es weiter. Für dieses Jahr werden erneut weniger Gesuche als im Vorjahr prognostiziert.

Zudem wird momentan auf Bundesebene die Neustrukturierung des Asylwesens umgesetzt und die Kantone müssen noch-

mals deutlich weniger Asylsuchende unterbringen. Für den Kanton Luzern bedeutet dies, dass er mittelfristig von den aktuell 835 vorhandenen Plätzen noch 300 benötigt.

Interne Lösung wird angestrebt

Von der Schliessung betroffen sind sechs Mitarbeiter oder 4.6 Vollzeitstellen. «Es ist uns ein grosses Anliegen, die betroffenen Mitarbeitenden bei Bedarf bei der Suche nach einer Anschlusslösung zu unterstützen», so Bolliger. Geplant sind flankierende Massnahmen, ausserdem würden die vom Stellenabbau betroffenen Mitarbeiter bei internen Vakanzan prioritär berücksichtigt werden.

Möglichkeiten dazu gibt es allenfalls beim Sozialdienst. «Wir werden Stellen zunächst intern ausschreiben, aber natürlich entscheidet das jeweilige Jobprofil, wer sich dafür eignen wird», so

Bolliger. Für das aktuelle Jahr seien keine weiteren Schliessungen geplant. «Ob das Asylzentrum Rothenburg nach Ablauf des Mietvertrages Ende 2020 ersetzt wird, kann heute noch nicht bestimmt werden. Dies hängt vom weiteren Verlauf der Anzahl Asylgesuche und der Neustrukturierung durch den Bund ab.»

Ende 2018 bereits 19 Mitarbeiter entlassen

Somit verbleiben aktuell noch die Durchgangszentren Sonnenhof Emmenbrücke, Rothenburg-Station und Grosshof sowie die Minimalzentren Buttisholz und Fischbach. Wegen Überkapazitäten hatte der Kanton bereits per Ende 2018 das Durchgangszentrum Hirschpark Luzern mit 100 Plätzen, das Aufenthaltszentrum Oberkirch mit 50 Plätzen und jenes im Löwen in Ebikon mit 80 Plätzen geschlossen, die ersten beiden frühzeitig. Betroffen waren 19 Mitarbeiter. (sda/uus)

EVP will SP statt Schwerzmann

Wahlen Geht es nach der EVP, soll bei den Wahlen vom 31. März die Konkordanz berücksichtigt werden. Heisst: Sie empfiehlt neben den drei Bisherigen **Guido Graf** (CVP), **Reto Wyss** (CVP) und **Paul Winiker** (SVP), **Fabian Peter** (FDP) und **Jörg Meyer** (SP) – statt den parteilosen Marcel Schwerzmann – zur Wahl. So soll in der Regierung «eine ausgewogene Vertretung der grossen politischen Lager erreicht werden». (pd/fi)

Wahlunterlagen werden verschickt

Kanton In diesen Tagen werden die Unterlagen für die Regierungs- und Kantonsratswahlen verschickt. Die Abteilung Gemeinden des Justiz- und Sicherheitsdepartements empfiehlt, die Unterlagen auf Vollständigkeit zu prüfen. Welche Listen in den jeweiligen Wahlkreisen gelten, lässt sich unter www.wahlen.lu.ch überprüfen. Vollständige Listenblöcke können bei der Kanzlei des Wohnorts bezogen werden. (pd/fi)

Eschenbacher ist bester Fahrlehrer



Ranking 9000 Fahrlehrer, die eine weit verbreitete Autotheorie-App nutzen, haben schweizweit die besten Fahrlehrer gekürt. Im Kanton Luzern siegt **Francesco Mazzotta** (Bild) aus Eschenbach. Auf Platz zwei und drei sind **Thomas Gisler** und **Pascal Häubi** von der Schötzer Fahrerschule Gisler. (pd/fi)

Luzerner Wahlen

Aufgepasst: Am 9. März 2019 erscheint die Sonderbeilage zu den Luzerner Wahlen. Darin erfahren Sie, wie die neun Regierungskandidaten die brennendsten Probleme des Kantons Luzern lösen wollen. Dazu finden Sie Analysen zu den Ausgangslagen bei den Kantonsrats- und Regierungswahlen sowie alle 801 Kantonsratskandidaten in der Übersicht.



Print . Online . Mobile